

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1912

127 (8.5.1912) Zweites Blatt

Wagnispreis:
In Karlsruhe und Sor-
ten: frei ins Haus
geliefert, M. 1.65,
an den Abgabestellen ab-
geholt monatl. 50 Pfennig.
Auswärts frei ins
Haus geliefert viertelj.
M. 2.22. Am Post-
schalter abgeholt M. 1.80.
Eingelnummer 10 Pfennig.
Redaktion und Expedition:
Ritterstraße Nr. 1.

Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung — Organ für amtliche Anzeigen

Anzeigen:
die einpaltige Zeile ober-
den Raum 20 Pfennig.
Kleinanzeigen 45 Pfennig.
Rabatt nach Tarif.
Anzeigenannahme:
größere spätestens bis 12 Uhr
mittags, kleinere spätestens
bis 4 Uhr nachmittags.
Fernsprechanschlüsse:
Expedition Nr. 203.
Redaktion Nr. 2994.

Zweites Blatt Gegründet 1803 Mittwoch, den 8. Mai 1912 109. Jahrgang Nummer 127

Die Besetzung von Rhodus.

Dreimalhunderttausend Einwohner zählte die Insel Rhodus, als sie unter der Herrschaft des Ordens St. Johannes stand, und auf den zehnten Teil dieser Zahl hat die türkische Militärverwaltung sie herübergebracht. Umgekehrt ein Zehntel dieses Restes sind Mohammedaner, die übrigen Christen. Unter der Bevölkerung lebt, genau wie auf Kreta und den andern Inseln des Archipels, der Haß gegen die ungläubigen Bedrücker, aber man muß deswegen nicht glauben, daß die Bewohner von Rhodus nun jeden christlichen Staat, der ihre Insel annerkente, mit offenen Armen aufnähme, im Gegenteil, sie würden in dem neuen Herrn ebenso nur den fremden Bedrücker sehen, wie in den Türken, die übrigens in der letzten Zeit den Versuch gemacht haben, durch Bestellung eines christlichen Gouverneurs, eines Griechen, die Insel für einen engeren Anschluß an die junge Türkei zu gewinnen. Aber wie die Osmanen nur alles halb tun und über Anläufe nicht hinauskommen, sondern bald alles wieder gehen lassen, wie es will und kann, so ist außer dieser vereinzelten Maßregel nichts erfolgt, was die Griechen auf Rhodus den Türken hätte geneigter machen können. Unter ihnen lebt, wie unter den übrigen Inselgriechen, die Erinnerung an das Kaiserliche Byzanz und an die glorreichen Zeiten des griechisch-orthodoxen Reiches an den Ufern des Bosphorus ungeschwächt fort, trotz des schweren Schlags, den die griechische Niederlage im Jahre 1897 den Hoffnungen auf eine Wiederaufrichtung von Großgriechenland und eine Vereinigung der Inseln mit dem Königreich Hellas verleiht.

Es ist in Erwägung dieser Momente nicht anzunehmen, daß die Italiener, die vor einigen Tagen die Insel Rhodus besetzt haben, an eine dauernde Anwesenheit denken. Die Besetzung ist nur ein weiterer Schritt in der Aktion, die Italien im östlichen Mittelmeer gegen die Türkei unternommen hat. Die Insel soll neben Astropalia als zweiter Stützpunkt für die Flotte dienen und zugleich als Beobachtungsposten, um die Zufuhr von Kriegsmaterial nach Tripolis noch wirksamer als bisher zu unterbinden.

Außerdem bietet der Besitz der Insel und vielleicht noch einiger anderer, die in der nächsten Zeit besetzt werden sollen, den Italienern für die Friedensverhandlungen ein wirksames Mittel, um einen Druck auf die türkische Regierung ausüben zu können. Es scheint aber, als sehe Italien noch andere Hoffnungen auf seine Aktion im Ägäischen Meer, wenigstens ist aus der aus italienischer Quelle stammenden Meldung, die Einwohner von Samos besichtigten, die Vereinigung mit dem Königreich Griechenland auszurufen, zu schließen, daß die Italiener diesen Entschluß nicht nur gern sehen, sondern auch seine Ausführung noch unterstützen würden.

Sie nehmen wohl an, daß den Türken um ihren Inselbesitz bangen werden wird, wenn das Beispiel von Samos Nachahmung fände, denn, da die italienische Flotte das Meer völlig beherrscht, wäre die Türkei gar nicht im Stande, den Abfall der Inseln zu hindern. Es sei denn durch einen Angriff auf das Königreich Griechenland selbst, das die türkische Regierung für den Abfall verantwortlich machen könnte. Damit wäre das, was Italien trotz aller seiner gegenseitigen Versicherungen anstrebt, tatsächlich erreicht, ein Uebergreifen des Krieges auf die Balkanhalbinsel. Die Mächte wären genötigt, eingzugreifen und dem gefährlichen Spiel ein Ende zu machen. Daß dabei auch der tripolitaniische Teil dieser verwickelten Angelegenheit seine Erledigung fände, darauf rechnet man in Rom stark, und natürlich zugunsten der Annexion von Tripolis durch Italien. Denn wenn es auch den Anschein gewinnt, als ob Italien auf freundschaftliche Anregung der Daranellen absehen wolle, um den internationalen Handel nicht noch mehr zu schädigen, so geht doch aus der ganzen Haltung der Mächte bei der Sperrung der Daranellen hervor, daß sie die Türkei als den eigentlichen Verantwortlichen ansehen, und wenn nur erst die geeignete Handhabe da ist, gerne bereit sind, dem Unfug mit der Sperrung ein Ende zu machen.

Über das spezifisch türkische Temperament, oder vielmehr das bei den Türken nicht vorhandene Temperament, wird wohl auch in diesem Falle den Italienern ein Strich durch die Rechnung machen. Der Fatalismus der Osmanen, den ein großer Teil der Bevölkerung, die für die Türkei Partei nimmt, mit Heroismus verwechselt, wird dem Abfall der Inselgriechen ziemlich gleichgültig zusehen, ausgenommen da, wo die Sperte in den bestehenden Verträgen Vorwände hat, die Mächte mobil zu machen und von ihnen die Bewahrung des berühmten Status quo zu verlangen. Das ist bei Kreta und auch bei Samos der Fall. Die verhältnismäßig große Unabhängigkeit der Samoitai von der Türkei beruht auf einem internationalen Vertrag, und dieser würde die Mächte, die ihn garantieren, zwingen, für seine Aufrechterhaltung einzutreten.

Stellen wird also bei dieser Praxis nicht sehr viel weiter kommen und wirksamere Mittel suchen müssen, um die Türken aus ihrer auf Allah vertrauenden lethargie aufzurütteln.

Gustav Reppert.

„Proporz“ für die Landtagswahlen!

Die Anträge in der Zweiten Kammer des bad. Landtags auf Einführung des Verhältniswahlsystems können wir als bekannt voraussetzen; ebenso die abgegebene Regierungserklärung, die die Bedenken gegen den „Proporz“ zusammenfaßt, im übrigen aber in an-

erkenntnisvoller und dankenswerter Weise sich nicht absolut ablehnend verhält. Schließlich können wir auch als bekannt voraussetzen die grundlegenden Vorarbeiten für den „Proporz“, die u. a. Kreisgerichtsrat A. D. Meyer in den „gelben Hefen“ der „historisch-politischen Blätter“ Edmund Jörgs, Staatsanwalt R. Gageur in seinen Schriften und in der „Straßburger Post“, sowie der jungliberale Führer E. Frey in Wort und Schrift geleistet haben. Auch eine

Telephonischer Spezial- u. Nachtdienst

(Nachdruck nur mit genauer Quellenangabe gestattet.)

Stimmungsbild aus dem gestrigen Reichstag.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 7. Mai. Die Reichspartei ist unermüdetlich in ihren Versuchen, die Rechte einer Fraktion zu erlangen. Begreiflich genug. Hatte sie doch bisher stets den Vorzug in der wichtigsten Kommission, der Budgetkommission, und soll also jetzt aus den Kommissionen völlig ausgeschieden. Daher hat sie nacheinander den Seniorenkongress, die Geschäftsordnungskommission und jetzt das Plenum mobil gemacht, stößt aber nirgends auf rechte Gegenliebe, um so weniger, als boshafterweise ein Artikel des Herrn Dr. Trendelenburg ausgeprochen worden ist, in dem sich dieser selbst vor noch nicht 3 Jahren gegen die kleinen Fraktionen ausgesprochen. Dieses Walten der Nemesis wird mit stiller Schadenfreude so ziemlich auf allen Seiten des Hauses begrüßt, wenn auch die Konservativen sich offiziell auf die Seite ihrer Nachbarn stellen. Wie die Abstimmung über die mehr als sechs verschiedenen Anträge ausfallen wird, läßt sich nicht gut voraussagen. Sie wird eine namentliche sein und deshalb auf morgen verschoben.

Und weil aller guten Dinge drei sind — eine namentliche Abstimmung ist noch vom Samstag her fällig —, so beantragt Herr Gröber eine weitere namentliche Abstimmung über die Mischchen. Mit dem ganzen ihm zur Verfügung stehenden Pathos wirft er sich für das allgemeine Menschenrecht der Regnerinnen ins Zeug und läßt sogar eine Galerie schöner Samoanerinnen an dem Auge des Hauses vorbeiziehen, um mit diesem „argumentum ad homines“ — obwohl er sonst ein gefeilter Junggeselle ist — für die Mischchen Stimmung zu machen. In Herrn Ledebour findet er einen werktätigen Bundesgenossen, der mit fliegenden Armen und überschnapper Stimme das hohe Lob vom Recht der Liebe unserer schwarzen Schwestern singt. Gegen diese schwarzrote Verbrüderung bleiben die Liberalen mit ihrem sehr verständigen Antrag, wonach zunächst die Selbstverwaltungsgesetze in den Kolonien geändert werden sollen, in der Minderheit, obwohl auch die Konservativen sich ihnen anschließen, und die morgige Abstimmung wird wieder einmal das fast vergessene Schauspiel bieten, daß die alten Blockparteien sich zusammenfinden.

Botschafterwechsel, nicht Kanzlerwechsel!

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 7. Mai. Sie und da werden auch in den deutschen Blättern Zweifel in die Ankündigung gesetzt, daß die Reise des Herrn v. Marschall mit dem Wechsel auf dem Londoner Botschafterposten zusammenhängt, und man deutet an, es könne doch auch ein eventueller Kanzlerwechsel in Betracht kommen. In gut unterrichteten politischen Kreisen hält man jedoch diese Kombination für unhaltbar. Dagegen spreche die ganze Art der Inszenierung, wie z. B. das gleichzeitige Eintreffen des Herrn v. Bethmann (der an einen freiwilligen Rücktritt nicht zu denken scheint) beim Kaiser in Karlsruhe, dagegen auch das keineswegs so sehr gute persönliche Verhältnis zwischen dem Kaiser und Herrn von Marschall. Eher hält man es für möglich, daß mit dieser auffallenden Inszenierung eine neue Base der deutsch-englischen Politik eingeleitet werden soll, die sich in der Richtung der Bethmann-Röderischen Absichten bewegen würde.

Die „Norddeutsche Allgemeine“ über die Unterseeboote.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 7. Mai. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ wendet sich gegen einen im „Berliner Tageblatt“ erschienenen Artikel des Kapitäns A. D. Persius über die Verwendung der Unterseeboote und weist gegenüber der Behauptung, daß die englischen und französischen Unterseeboote den übrigen überlegen seien und die dortigen Befehlungen besser mit den Booten umzugehen verständen, darauf hin, daß die Qualität unseres Unterseebootmaterials derjenigen anderer Marinen zum mindesten nichts nachsteht und daß die deutsche Besatzung gerade in der letzten Zeit Gelegenheit gehabt hat, zu zeigen, daß sie ihren hohen Anforderungen in vollstem Maße genügt. Uebrigens hat der Artikel-schreiber nie Gelegenheit gehabt, sich aus eigener Anschauung ein Urteil bilden zu können. Die Behauptung, daß beim Kriegsschiffbau alle Marinen mit Ausnahme Deutschlands mit offenen Karten spielen, verrät einen großen Mangel an Sachkenntnis. Auch die angeführten Vergleichszahlen der englischen und französischen Unterseeboote zu

den deutschen sind irrig, ebenso die Behauptung, daß im englischen Etat beträchtlichere Forderungen für den Bau von Unterseebooten eingestellt worden seien als im deutschen Marinebudget. Es liegt übrigens in der Absicht der Marineverwaltung, wie der Staatssekretär bereits bekanntgegeben hat, die Zahl der Unterseeboote auf 72 zu bringen und sie so zu gestalten, daß sie dem Typ jeder anderen Marine gemessen sind. Die deutsche Technik steht durchaus auf der Höhe. Die Frage der Unterseeboote wird von der deutschen Marineverwaltung aufmerksam verfolgt, allerdings mit der sachlichen Rücksicht, die durch das Interesse der Steuerzahler und die Rücksicht auf die militärischen Anforderungen geboten ist.

Oberbürgermeisterwechsel in Berlin.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 7. Mai. Wie wir erfahren, ist jetzt in der Tat der Zeitpunkt nahegerückt, zu dem Oberbürgermeister Ritter seine Amtszeit beenden wird, vom Amte zurückzutreten. Bei dem zu erwartenden neuen Wählverfahren spielen keine neuen unbestimmten Vorkommnisse der Bestimmungen eine Rolle, sondern man glaubt in den leitenden Stadtverordnetenkreisen, jetzt über passende Kandidaturen für den Berliner Oberbürgermeisterposten zu verfügen. Man darf annehmen, daß der Wechsel auf dem Platze des Oberbürgermeisters zum Oktober erfolgen wird.

Major Sperling erkrankt.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 7. Mai. Der frühere Kommandeur des Luftschiffbataillons Nr. 1, Major Sperling, ist vor einigen Tagen schwer erkrankt. Er wurde in eine Nervenklinik verbracht.

Französischer Ministerrat.

(Eigener Drahtbericht.)

Rambouillet, 7. Mai. Der Ministerrat unter dem Vorsitz des Präsidenten Fallières hat Deschanel, den Direktor des Rechnungswesens im Finanzministerium, beauftragt, die finanzielle Organisation in Marokko vorzubereiten. Die Regierung hat den Vorschlag Almonds, des Berichterstatters der Senatskommission, bezüglich der Einkommensteuer zugestimmt, die darauf abzielen, eine baldige Verständigung zwischen Senat und Kammer herbeizuführen. Kriegsminister Millerand erstattete Bericht über seine Reise an die Südpazifik und erklärte, das Ergebnis sei sehr zufriedenstellend hinsichtlich der militärischen Schulung der Truppen wie hinsichtlich der Verteidigungsorganisation. General Sorbet wurde an Stelle Reaums zum Kommandeur des 10. Korps in Keims ernannt. Zu dem Entwurf des Einkommensteuergesetzes wird der Finanzminister Verbesserungen, namentlich eine allgemeine Kapitalbesteuerung beantragen.

Die Spanier in Marokko.

(Eigener Drahtbericht.)

Madrid, 7. Mai. Nach einer Meldung der Zeitung „El Mundo“ erhält sich in Tanger hartnäckig das Gerücht, daß spanische Truppen Afrika besetzt haben. Ein Teil der Eingeborenen empfangt die Spanier mit großem Jubel. Die Eingeborenen erklärten, daß sie die Spanier gern als Herren anerkennen würden, während sie die Franzosen ständig befehdeten.

Rüstungen auf dem Balkan.

(Eigener Drahtbericht.)

London, 7. Mai. Wie die „Times“ aus Saloniki meldet, werden die gesamten Reserven der ersten Klasse in Rumelien eingezogen, um das 7. Armeekorps auf Kriegsstärke zu bringen. Nach Meldungen von der bulgarischen Grenze sollen auf bulgarischer Seite gleichfalls militärische Vorbereitungen betrieben werden.

Die Verschwörer in Skam verurteilt.

(Eigener Drahtbericht.)

Bangkok, 7. Mai. Das Kriegsgericht hat 91 Personen der Verschwörung gegen das Leben des Kaisers von Siam für schuldig erklärt. Es verurteilte drei Offiziere zum Tode, zwanzig zu lebenslänglichem Gefängnis und achtundsechzig andere Personen zu weniger langen Gefängnisstrafen. Der Kaiser hat die Strafe der zum Tode Verurteilten zu lebenslänglichem Gefängnis und die zu lebenslänglichem Gefängnis Verurteilten zu 20jähriger Gefängnisstrafe umgewandelt.

Weitere Depeschen siehe „Letzte Nachrichten“.

Brochure von Adam Röder über das Wahlrecht (Berlin, Verlag Puttkammer und Mühlbrecht) wäre in diesem Zusammenhang zu nennen. Wir können heute von der technischen Seite dieser Wahlrechtsfrage umso mehr absehen und uns mit ihrer politischen Bedeutung beschäftigen, als es leicht sein wird, einen Weg zu finden, wenn einmal der erste feste Wille dazu vorhanden ist. Und der, meinen wir, sollte sich nun bald bei allen maßgebenden Faktoren einstellen und über alle Bedenken hinweghelfen.

Bedenken! Gegen welches Wahlsystem befehlen keine Bedenken? Aber kein Bedenken, und wäre es riesengroß, gegen den „Proporz“ und gegen eine abermalige Verfassungsänderung nach einer erst vor verhältnismäßig kurzer Zeit erfolgten, kann so groß sein wie die Bedenken, die gegen die Verewigung des Zustandes sprechen, wie er sich mit den Landtagswahlen seit 1905 unter dem schrankenlosen neuen Wahlrecht herausgebildet hat. Der Groß. Regierung vor allem dürfte das klar sein. Sapientia sat! —

Wir sprechen freilich nicht vom demokratischen und nicht vom neoliberalen, sondern vom altliberalen Standpunkt aus. Und für den Altliberalismus, auch für den vergangen Altfreisinn, besteht ein prinzipieller Unterschied zwischen dem Liberalismus an sich und der Demokratie, für die der „Mehrheitswille“ allein politisch maßgebend ist, wie auch dem Sozialismus, der das Nur-Mehrheitsprinzip vom Politischen auch auf das Wirtschaftliche überträgt, beides perhorresziert vom Altliberalismus und Altfreisinn, die von der bürgerlich-historischen Einschätzung der Entwicklungsfaktoren in Staat, Gesellschaft und Volkswirtschaft ausgehen und ausgingen, zum Unterschied von den Konservativen, die vom Autoritätsgedanken ausgehen. Unter diesem Gesichtspunkt sind unsere Ausführungen zu nehmen. Diese Gesichtspunkte mögen „Binsenwahrheiten“ sein. Aber wie viele Binsenwahrheiten sind heute vergessen! Sind es übrigens darum weniger beherzigenswerte Wahrheiten?

Zu urteilen ist heute nicht de lege ferenda. Dazu wäre Zeit gewesen im Jahre 1904, oder noch früher, wo der gemäßigtere Liberalismus, d. h. der Altliberalismus, noch die Zweidrittel-Mehrheit in der Zweiten Kammer hatte. Damals wäre es Zeit gewesen und staatsmännlich-wichtigste Aufgabe, ein Wahlrecht zu schaffen, das erstens jede Stimme auf dem technisch einfachsten Weg zur Geltung brachte, also ein allgemeines direktes Wahlrecht; das zweitens keine Stimme verloren gehen, die Minorität nicht unberücksichtigt ließe, also das Verhältniswahlsystem (Proporz); das drittens durch eine Abstufung der historischen und wirtschaftlichen Gliederung der Gesellschaft und der Bedeutung der Glieder für das Staatsganze gerecht würde je nach Alter, Bildung und geschäftlicher Selbständigkeit, verantwortlicher Lebensstellung; es wäre das, eine Berücksichtigung der jedes Gemeinwesen vorzugsweise erhaltenden Mächte.

Zum Beweis dafür, daß das alles nichts Abnormes wäre, sei daran erinnert, daß selbst so radikale Politiker wie Professor Böttlingk, selbst so stark demokratisch angehauchte Leute wie der geistvolle Freiburger Pfarrer von St. Martin, Dr. Hans Jakob (besonders „In der Residenz“, Neue Auflage), und der ehemalige Redakteur des „Bad. Landesboten“ und nachmalige Chefredakteur der „Straßburger Post“, Dr. Bruno Wagener, gegen das reine gleiche Wahlrecht sich ausgesprochen; daß der alte Freisinn in der Gemeindeverwaltung gegen das gleiche Wahlrecht aller ist; daß die Fortschrittspartei, so lange sie die Mehrheit hatte im preussischen Abgeordnetenhaus, die Erhebung des Klassenwahlrechts durch das gleiche Wahlrecht nicht herbeiführte; und daß im Reichstag, so lange die Wahlen für die Liberalen gut ausfielen, von einer Paralyse des gleichen Wahlrechts durch die Wahlkreiseinteilung nicht gesprochen wurde. Es liegt jeweils auch wirklich nicht am Wahlrecht oder an der Wahlkreiseinteilung, wenn die Wahlen „gut“ oder „schlecht“ ausfallen. Nach 1907 war die Reichstagswahlkreiseinteilung — die allerdings dahin rettifiziert gehört, daß in den Riesenwahlkreisen der Proporz eingeführt wird — nicht so schlecht, daß nicht der Block die Mehrheit bekam; eine Wahlkreiseinteilung lediglich nach dem Schema F der Zahl wäre nicht nur ein großes materielles Unrecht, sondern würde dem Liberalismus wahrlich auch nichts nützen, sondern ihn durch die sozialistische Masse erdrücken lassen. Im preussischen Landtag erhielt seinerzeit die

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 16 Seiten.

Fortschrittspartei unter dem schlechten Wahlrecht von heute, die Mehrheit. Und in Bayern kamen in den 1870er Jahren die Liberalen an die Höhe der Meriten heran: unter dem indirekten Wahlrecht im „schwarzen“ Bayern! Also das Wahlrecht und die Wahlkreiseinteilung „allein tun's nicht“.

Eine Abstufung des Wahlrechts zu den Landtagen nach plutokratischen Gesichtspunkten allerdings ist abzulehnen. Darum ist das preussische zu reformieren. Eine plutokratische Abstufung will auch die preussische nationalliberale Partei nicht. Wenn man heute Bismarck zitieren hört, so wird jeder Bismarck-Kenner zugeben müssen, daß die Linke sich nicht auf Bismarck berufen darf. Die Frage: wie würde heute Bismarck in der Wahlrechtsfrage stehen, beantwortet sich selbst.

„Ungleiches soll man nicht gleich behandeln“, hat einmal der natlb. Abg. König im badischen Landtag gesagt. Dieser kurze Satz bedeutet den Unterschied zwischen Liberalismus, Demokratie und Sozialismus. Eines schließt sich nicht für alles: Der Reichstag ist etwas anderes als die Landtage, die Landtage sind etwas anderes wie die Gemeindeförperschaften und die sonstigen Selbstverwaltungsförperschaften wie Bezirksrat, Kreisversammlung, was zu beachten ist für die in Aussicht stehenden diesbezüglichen Reformen.

Das alles hätte man aber auch beachten sollen bei der Reform des Landtagswahlrechts. Wollte man in diesem den Weg gehen, der 1904 betreten wurde, so mußte mindestens der Proporz als Ergänzung und Korrektiv eingefügt werden. Man hat es leider nicht getan, obwohl R. Gageur als getreuer Edart des Landes genugam gemahnt und gewarnt hatte!

Die „Erfahrungen“ seit 1905 sind nun doch wohl dazu angetan, diese eine Unterlassungsfünde wieder gutzumachen. Dieses eine ist noch möglich, nachdem wir im übrigen de lege lata zu urteilen und zu handeln haben.

Die Einwände gegen den „Proporz“ sind nicht stichhaltig, wo so ernste Gründe für seine Einführung sprechen. Statistische Berechnungen haben 1904 bange gemacht; heute können sie es nicht mehr. Man kann heute ausrechnen, daß die Zweite Kammer mit dem Proporz nicht wesentlich anders aussehen wird — aber ohne die Schattenseiten von demalst. Die Stichwahlen „mit all ihren bösen Plagen“, die bekränzte Wahlkreiseinteilung usw. Der Proporz stellt die Parteien auf anderen Boden, stellt sie auf sich selbst, auf die Werbestraft ihrer Programme, zwingt sie zur Organisation, zur Arbeit und Propaganda, darnach werden sich das Stimmenverhältnis und damit auch die Mandate verschieben, und es ist gar nicht ausgeschlossen, daß die Sozialdemokratie einmal an Stimmen zurückgehen kann, zumal wenn erst die „Großblöcke“ weichen und die Unterstützung durch bürgerlich-liberale Sympathisierenden mit ihr und die Wahlhilfe aufhört.

Ausgeschlossen aber ist, daß eine Partei die absolute Mehrheit erhält, ausgeschlossen ist eine Mehrheit, wie sie durch den „Großblock“ verhindert werden sollte, jede Partei kommt gemäß ihrer Stimmenzahl zur Geltung, und damit kann sich jede Partei zufrieden geben. Vor allem aber: der Proporz macht die Parteien unabhängig voneinander, gibt ihnen die nötige Ellenbogenfreiheit, drängt die persönliche Bekämpfung zurück und verlegt den Kampf zwischen die Parteien, die dadurch

genötigt sind, die Grenzen gegen einander scharf abzustechen, was der Grundmaxime zugute kommt, während demalst die Grenzen — nicht zum Vorteil der Grundmaxime — verwischt werden in ganz bedenklicher Weise. Der Proporz drängt endlich die „Kirchturmspolitik“ zurück gegenüber dem allgemeinen Interesse und bringt wieder die Linke in den Landtag, während die „Kirchturmspolitik“ doch gar sehr die Wahl von „Nullen“ und „Mittelmäßigkeiten“ begünstigt. Alles in allem wird die Linke nicht zu kurz kommen, die liberale Mittelpartei auch nicht, und die konservative Richtung — deren Erstzengberechtigung wir anerkennen, und uns dabei in der Gesellschaft von Eberhard Gothein wie überhaupt aller besonnenen liberalen Politiker befinden — wird auch ihre Vertretung im Parlament bekommen.

Wenn bei dem Proporz die Abgeordneten nicht mehr mit den Einzelbezirken zusammenhängen, so brauchen die Bezirksinteressen nicht zu kurz zu kommen; dafür werden schon noch die Parteinteressen sorgen. Muß man beim Proporz von kleinen Einzelbezirken absehen, so braucht doch das Land nicht bloß einen Bezirk abzugeben, sondern kann in mehrere größere Bezirke zerlegt werden, wobei allerdings gegebene Zusammenhänge, gleichartige wirtschaftliche usw. Interessen nicht auseinander gerissen werden sollen.

Es ist die „erste Stunde“ und der heute noch einzige gangbare Weg, um zur Gesundung der parteipolitischen Verhältnisse in Baden zu kommen. Und diesen Weg gewiesen zu haben, dürfen die Jungliberalen zu ihren Verdiensten rechnen, mit denen sie dem guten R. Gageur, wenn er noch lebte, eine große aufrichtige Freude bereitet hätten. Die Konservativen und das Zentrum dürfen jetzt formaler Bedenken wegen nicht abschrecken, das Zentrum umso weniger, als es die langen Jahre her den Proporz in seinem Programm hatte. Hoffnung auf eine Mehrheit mit den Konservativen zusammen wird es sich selber wohl nicht machen. Dafür reden die Erfahrungen mit dem 1904 dem Großherzog abgerungenen schrankenlosen Wahlrecht eine zu ernste Sprache.

Auch die erste Kammer kann sich den Zeichen der Zeit nicht verschließen; „erst mahnt diese Zeit, und unwillkürlich die öffentliche Meinung“. Und die Großh. Regierung — gibt es für sie ein besseres Mittel, um gegenüber den Parteien die Hände freizu bekommen und von dem lästigen Verdacht künftighin verschont zu bleiben, „für“ oder „gegen“ den Großblock zu sein? Keine Partei wird mehr die absolute Mehrheit erhalten, die Parteien werden sich gegenseitig die Stange halten, und die über den Parteien stehende Regierung wird, wenn sie ein bestimmtes Programm der „mittleren Linie“ zielbewußt und fest vertritt, gut durchkommen. Auf diese Linie werden jeweils wohl oder übel die positiv gerichteten Parteien einstimmen müssen, wenn sie Arbeit im Dienst des Gemeinwohls leisten wollen, um vor dem Richterstuhl des Landes bestehen.

Kurz und gut: eine befreiende und erlösende Tat wäre es, die mit der schleunigsten Einführung des Verhältniswahlsystems getan würde; eine Tat, auf die das Land wartet. Kann es da ein Zögern geben??

J. St.

Rundschau.

Marinekongress in Düsseldorf.

Die Vorbereitungen für den Marinekongress sind so weit gediehen, daß die Kongressleitung in allerhöchster Zeit mit einem offiziellen Aufruf an die Öffentlichkeit treten wird. Die aus allen Teilen des Reiches einlaufenden Anmeldungen lassen schon jetzt erkennen, daß der Marinekongress eine Veranstaltung werden wird wie sie nach Art und Umfang bisher noch nicht zu verzeichnen war. Außer dem Großadmiral von Koester werden eine Anzahl bekannter hoher Marineoffiziere bei dem Kongress zugegen sein. Gegenwärtig schweben Verhandlungen mit der Eisenbahndirektion in Eberfeld mit der Einlegung von Sonderzügen.

Die Wohnungskommission trifft umfangreiche Vorbereitungen, um außer den erforderlichen Hotelwohnungen auch Freiquartiere bereit zu stellen. Mit den zuständigen Korporationen sind diesbezügliche Verhandlungen eingeleitet.

Allein drei Marinekapellen, und zwar diejenigen der 1. Marinebrigade in Kiel, des 2. Seebataillons in Wilhelmshaven und der 4. Matrosen-Artillerie-Abteilung sowie ca. 15 bis 20 Zivilmusikcorps werden bei der Parade und dem Festzug, der durch einzelne Gruppen geschönert wird, mitwirken. Auf die Entsendung einiger Torpedoboote kann mit ziemlicher Sicherheit gerechnet werden. Ebenso wird die Luftschiffahrtsgesellschaft „Delag“ eigens zu dem Kongress ein Luftschiff nach Düsseldorf beschaffen. Der Verkehrsverein beschickt als Abflug des Kongresses am Montag den 8. Juli ein großes Rheinschiff mit Rheinfahrerbeleuchtung zu veranstalten.

Der Panamakanal

geht rasch seiner Vollendung entgegen. Im ganzen sind noch 29 446 000 Kubikfuß auszufüllen. Während der letzten drei Monate wurden über 30 Millionen Kubikfuß ausgegraben. Wenn also keine größeren Schwierigkeiten zu überwinden sind, werden diese Erdarbeiten wahrscheinlich eine kürzere Zeit als elf Monate in Anspruch nehmen. In Culabra Cut, dem Mittelpunkt der Arbeiten, verbleiben elf Millionen Kubikfuß. In dieser Stelle befand sich ein 1360 Fuß hohes Gebirge, das abgetragen wurde, dabei zeigten sich einige Krateröffnungen. Im Durchschnitt werden monatlich anderthalb Millionen Kubikfuß Boden ausgegraben, so daß der Culabra Cut in acht Monaten fertiggestellt sein könnte. Wahrscheinlich wird die Arbeit aber gegen den Schluß zu etwas verlangsamt werden, damit die Arbeiten an allen Punkten gleichzeitig beendet werden können. Danach wäre es so gut wie sicher, daß der Panamakanal schon lange vor der festgesetzten Zeit für die Schifffahrt eröffnet werden könnte.

Kleine Rundschau.

Die Trauerfeier für den früheren Gouverneur von Deutsch-Ostafrika Rudolf von Bennigsen fand in der Friedhofskapelle Charlottenburg-Weidendamm statt. Anwesend waren zahlreiche Beerdigende aus amtlichen und privaten kolonialen Kreisen, darunter Staatssekretär Dr. Solz und der bisherige Gouverneur von Deutsch-Ostafrika, Freiherr von Redenbergh.

Aus den Parteien.

Elßaß-lothringische Mittelpartei.

In Straßburg wurde eine neue Partei, die elßaß-lothringische Mittelpartei gegründet durch den Reichstagsabgeordneten Dr. Hoepfel. Ihre Mitglieder rekrutieren sich aus bisherigen Angehörigen der liberalen Landespartei, denen lt. „Frl. Ztg.“ sowohl die partikularrassistische Stellungnahme als auch das Zusammengehen mit den Demokraten nicht mehr paßt.

Was in der Welt vorgeht.

Der Liebe-Millionenschaf-Schwindel?? Der von einer Reise nach Italien in München eingetroffene Bruder des kürzlich am Altpfingstfest verstorbenen Faktors A. D. Liebe in Berlin erklärte, die ganze Geschichte mit dem Millionenschaf seines Bruders sei eitel Dichtung. Der Steinammlung sei ein

besonderer Wert nicht beizumessen. Juwelen und Diamanten habe sein Bruder niemals im Besitz gehabt.

Ein Spielernest aufgehoben. In Düsseldorf wurde hinter dem Vertausstotale eines unbekannteren Papierschäftes ein Spielernest entdeckt. 10 Personen wurden beim Rausspielen angetroffen und festgenommen. Hohe Geldbeträge wurden beschlagnahmt.

„Allerhand „Baumeister“. In Steglitz sind laut Berliner Blätter von 102 Neubauten 72 zur Zwangsversteigerung gekommen. Die Bauberren und „Baumeister“ dieser Bauten waren: 24 Fleißberggellen, 7 Friseur, 2 Leinwandweber, 9 Polier, 11 ehemalige „Buditer“, 17 Steinhändler und ähnliche Leute.

Eine Familientragödie. Man berichtet aus Hannover: In dem benachbarten Linden gab ein 50-jähriger Arbeiter nach kurzem Wortwechsel zwei Schiffe auf seine Frau ab, die aber sehr gering. Nachdem er mehrermals auf seine 16jährige Tochter geschossen hatte, schloß er sich in ein Zimmer ein. Als die Türe gewaltsam geöffnet wurde, feuerte der Arbeiter auf; auf den Polizeikommissar mehrere Schiffe ab, glücklicherweise ohne zu treffen. Dann richtete er die Waffe gegen sich selbst und verletzte sich so schwer, daß er in hoffnungslosem Zustande ins Krankenhaus geschafft werden mußte.

Durch den abgebliebenen Dede eines Kessels gestiftet. Man berichtet aus Krefeld: In der Papierfabrik Lehren in Süchteln wurde der Dede eines Kessels, in dem Papierrohstoffe lagte, infolge übermäßigen Dampfdruckes abgeblieben. Die siedenden Papiermassen ergossen sich über drei Arbeiter, die verbrannten.

Betrügerischer Bankier. Die Polizei verhaftete den Bankier Rambot in Paris, der in der Rue Richelieu ein großes vornehmes Bankhaus besaß. Rambot hatte es verstanden, zahlreiche kleine Sparer um ihr Geld zu bringen. Die Unterschlagungen sollen mehr als eine halbe Million Franken betragen. In dem Geschäftsbuch wurden nur noch zehn Franken gefunden.

Ein Unfall auf einen Droschkenschaffner, das an die Mandanten der Pariser Automobilbahnen erinnert, wurde auf einer einsamen Straße in der Nähe von St. Germain verurteilt. Der Automobilschaffner John Stewart wurde dabei von einem unbekanntem Fahrgast durch einen Schuß in den Rücken tödlich verletzt. Er fuhr mit seinem Fahrgast von Manchester nach Redburn. Als er in der genannten Straße anlangte, stieg der Chauffeur ab und beschäftigte sich mit seinem Fahrgast, der anscheinend trant war. Als Stewart nach einer am Straßengrande stehenden Hütte ging, um ein Faßkraut abzurufen, feuerte der Unbekannte einen Revolver auf ihn ab. Zwei Kugeln drangen ihm in den Rücken. Der Verwundete schleifte sich nach einer 180 Meter entfernten Bahnhofsbaracke, konnte dort aber keine Hilfe finden, da der betreffende Beamte seinen Posten nicht verlassen konnte. In dem Maschinenraum eines in der Nähe befindlichen Bergwerkes fand er endlich ärztliche Hilfe und wurde dann ins Krankenhaus gebracht. Die Ärzte geben wenig Hoffnung auf Rettung. Der Mörder konnte bis jetzt nicht gefast werden, doch sind ihm Polizeihunde auf der Spur.

Schuldig — aber nicht strafbar! Man berichtet aus Portsmouth: Die Mannschaft der „Olympic“ ist wegen ihres Verhaltens am 26. April für schuldig befunden worden, doch erklärten die Richter, es wäre nicht zweckmäßig, sie zu bestrafen.

Eisenbahnunglück in America. Es wird aus New Orleans gemeldet: Bei einer Jugentspielung in der Nähe von Hallisburg wurden 10 Personen getötet und 26 verwundet.

Allelei vom Tage. Man berichtet aus Berlin: Von den drei bei dem Wohnungsbrand in der Gipsstraße verunglückten Personen ist Fräulein Frieda Lütke ihren Verletzungen erlegen. — In Dortmund wurde der frühere Gemeindevorsteher Lorenz, als er mit einem Bekannten die Kaiserstraße passierte, von zwei betrunknen Leuten erschossen. Der Begleitete des Lorenz erhielt ebenfalls zahlreiche Wessertische, so daß ihm die Eingeweide aus dem Leib traten. Die Täter sind noch nicht ermittelt. — In London verhafteten zwei Geheimpolizisten einen Deutschen namens Friedrich Ruppenthal, als dieser im Begriff stand, eine Autodrochke zu besteigen. Ruppenthal wird beschuldigt, in Paris in den letzten Monaten für 700 000 Franks Juwelen gestohlen zu haben.

Berliner Brief.

(Von unserem Mitarbeiter.)

So lange die weiträumigen Ausstellungshallen am Zoo noch nicht für Theaterzwecke in Anspruch genommen werden (was aber nicht allzu lange ausbleiben wird), fehlt uns in diesem Monat mehr eine Riesenbau eigener Art. Die neueste, die uns nun beglückt, wird wohlwollendstimmigst kurzweg die „Hausbesitzer-Ausstellung“ genannt. Auf ihr sind aber nicht etwa interessante Vertreter der verschiedenen Hausbesitzertypen zu sehen — etwa Beispiele und Gegenbeispiele, löbliche und (falls es die noch gibt) „abscheuliche“ Exemplare von Hausmonarchen. Der korrekte Name — „Ausstellung für Haus- und Wohnungsbau“ — beugt diesem Mißverständnis vor. Er läßt zugleich ahnen, daß diese Unternehmung ein weit gedehntes, eigentlich unermessliches Gebiet zu umfassen sucht. Und ein Schlußergänzung durch die Hallen zeigt, daß man mit respektgebietend vielseitiger Gründlichkeit dem Ideal eines vollständigen Ueberblicks mindestens so nahe kam, wie es geschehen konnte, ohne den Besucher zu ermüden.

Der festliche Anlaß war das fünfundsiebenzigjährige Jubiläum der Berliner Grundbesitzervereine. Verantwortlich sind die deutschen Haus- und Grundbesitzer, und im Zusammenhang mit der Ausstellung stehen die gegenwärtigen Zusammenkünfte der Hausbesitzer, die Tagung der Deutschen Hausbesitzer-Gesellschaften und der Internationale Hausbesitzer-Kongress. Die Eröffnungsreden wiesen mit wohlthuender Sachlichkeit auf einen doppelten Zweck der Schauausstellung hin: erstens sollen die Herren Hausbesitzer selber hier Anregung und Belehrung empfangen; zweitens sollen die Mieter, und das sind alle übrigen Zeitgenossen, neben Anregung und Belehrung auch den Eindruck erhalten, daß die Hausbesitzer besser sind, als manchmal ihr Ruf sein mag, oder, wie es offiziell gesagt wurde, daß der Hausbesitzerstand Deutschlands ein beachtenswertes Glied der Nation ist.

Dies letzte wird nun zwar kein halbwegs vernünftiger Mensch bestreiten können. Es ist ja wohl gerade der Schmerz ihrer Gegner, daß dem so ist. Jedenfalls aber ist diese Ausstellung durchaus geeignet, für das so allgemein wichtige Gewerbe zu interessieren und auch bei Mißverständnissen Stimmung für den wahrhaft zeitgemäßen Hausbesitzer zu machen.

Uns andere hätte ja eine ganz schlichte, kurze Mitteilung von einer Herabsetzung der Mieten oder von der Entdeckung solcher Vorörter, die noch billigen Boden und trotzdem schon glänzende Verbindungen haben, oder auch nur von endlicher Erreichung der Schallsicherheit und von ähnlichen Verbesserungen am Ende auch schon hinreichend erfreut; allein wir wissen ja, daß die Schuld an hohen Preisen und noch unzulänglicher Leistung nicht bei den heutigen und nicht bei Einzelnen zu suchen ist. Und wir bewundern sogar den Mut der Hausbesitzer-Interessenten, hier alles Erdentliche, das für den vorgezeichneten heutigen Gedankengang zum „Komfort der Neuzeit“ gehört, auch dem Mieterium vor Augen zu stellen, unbeforgt, ob dadurch die Begehrtheit noch weiter gereizt werde oder nicht.

Es ist wirklich alles Erdentliche in mehr oder minder ausgiebigen Proben vertreten. Wie bei uns in Deutschland stets, beteiligt sich auch die Wissenschaft an der Vorführung, des Sachkomplexes aus dem praktischen Leben. Ein Königsberger Professor sandte eine großartige Sammlung langjähriger Proben. Das hygienische Institut der Universität Berlin bietet dankenswerte Belehrung über die Zusammenhänge von Wohnung und Gesundheit. Auch die modernen Bestrebungen für den Städtebau dürfen an einer Stelle zu Wort kommen. Und das ist besonders schön von den vielerarteten Haus- und Grundbesitzern, daß sie den architektonischen Forderungen und sozialstatistischen Tatsachen, die seit der Städtebau-Ausstellung so einflußreich geworden sind, den Zutritt nicht verweigern. Diese Forderungen können doch höchlichst unangenehm werden, und die Wahl eines „Städtebauers“ für den neuen Zweckerwerb Groß-Berlins stellt ein rasches Wachstum dieser Unbequemlichkeiten in bestimmte Aussicht. Die Statistik über das Mißverhältnis zwischen Einkommens- und Miet-Stauestellung bildet jedenfalls eine pikante Würze zu dem großen Schaugericht.

Die Städte Altona, Bernau, Danzig, Dresden, Halberstadt, Magdeburg, Stuttgart, die Nachbarstädte Potsdam und Spandau, die Großberliner Gemeinden Charlottenburg, Großlichterfelde, Heinersdorf, Rantwig, Lichtenberg, Schöneberg, Weiskensee, Niederhörnhausen haben außerordentlich wertvolles Material an Plänen für Bodenauflösung und Bebauung, an Tabellen und Modellen beigeleuert. Wer ernennt, daß sich hier ähnlich wie in der Städtebau-Ausstellung über das Werden des Baulandes

und des Hauses, des Wohnhauses und der öffentlichen Gebäude unterrichtet.

Natürlich sind auch all die Industrie-Arten und -Unterarten, die am Hausbau beteiligt sind, zur Stelle. Der Stein, das Holz, der Ziegel, die Metalle, all die Einlagen und Leitungen, die zu einem großstädtischen Haus heutzutage unerlässlich sind, kann man nun einmal als selbständige Schwerwichtigkeiten ansehen. Und die Gesamtheit dessen, was uns da als heut oder spätestens überkommen unerlässlich entgegentritt, hat fast etwas überwältigendes. Die moderne „Kulturwohnung“ bietet dem Mieter nicht mehr bloß elektrisches Licht, Parkettböden, Zentralheizung, Warmwassererwärmung, Fahrstuhl, Müllschlucker, eingebaute Schränke und „Sofas“, sie hat auch Trümpfe, Dunkelkammer, drei Orte der Bekleidungsindustrie, Vertiefung des Bades, Dachgarten, Anteil an der Sporthalle des Hauses und anderes Wunderbares mehr. Wir werden hier sogar mit einer Rüchlanlage für das Wohnhaus bekannt gemacht, die alle Wohnungen (soweit das wünschenswert) mit Kälte versorgt und so den Mietern die Ausgabe für Eis erspart!

Die Beleuchtungsindustrie stellt hier ihre unterschiedlichen Lichter selbstverständlich nicht unter dem Scheffel. Die Berliner Zentrale für Gasverwertung hat gar ein ganzes städtisches Landhaus errichtet und zeigt darinnen von Raum zu Raum, wozu das Gas als Leuchts- und Heizkraft alles dienbar sein kann. Wie weit wirs damit gebracht haben, erläutert sehr hübsch eine Darstellung der Beleuchtungsentwicklung vom Klempner bis zur raffiniertesten Strumpflampe. Desgleichen stellen die Gegenstände der modernen Heizindustrie durch manche Neuheit. Es gibt z. B. Gas-Automaten, mit deren Hilfe die Warmwasserbereitung wieder vom Zentralverfahren unabhängig gemacht werden kann. Es gibt elektrische Koch-, Brat-, Wasch- und Wäscht-Apparate. Es gibt aber auch eine Weiterentwicklung des Ofens im älteren Sinn und etwas wie eine vielversprechende Renaissance des Kachelofens. Die Extreme berühren sich eben, wie überall, so auch in der „Kulturwohnung“, wo ja neuerdings neben all dem Modernsten, neben Staubsauger, Telefon und den obengenannten guten Sachen, immer öfter auch der uralte Kamin als Leuchtmittel dienen muß.

Die ganze Ausstellung ist zu vielseitig, um eine einheitliche Psychognomie und gemeinsamen ästhetischen Reiz haben zu können. Eine Erfahrung, die uns daher immer häufiger zuteil wird. Raum-

künstler, wie Peter Behrens und Bruno Möhring, haben einzelne Teile der „Hausbesitzer-Ausstellung“ würdig hergerichtet. Gegen die Unübersichtlichkeit des Allzuvielfältigen konnten sie natürlich nichts tun. Es ist dem auch keine zufällige Eigenschaft, sondern ein nur zu charakteristischer Zug im heutigen Berliner Ausstellungswesen, daß nur kurzem ein Ausstellungsplan, der dem Kaufmann vorzulegen, daran schertete, daß Künstler wie Bruno Paul zuguterletzt durchaus nicht die Garantie für eine sachlich-künstlerische, nicht geschäftsmännliche Durchführung erhalten konnten.

Im übrigen beschäftigt sich der stets so angestrenzte Geist des Großberliners gegenwärtig (von den neuen insamen Gewalten abgesehen, die uns in einen unwiderwärtigen Wettstreit mit Paris bringen), vor allem mit den Hausvätern des Roten Hauses in der Berliner Altstadt. Bürgermeister Dr. Reide hat in seiner Rede zur Eröffnung der Glaspalast-Ausstellung ein par höchst zutreffende, sehr verdienstliche Worte gegen die wachsende Ueberhäufung und Heranziehung französischer Kunst in einem Teil der Berliner Künstlerstadt gesprochen. Die schlagfertigen Herren von der Seession haben das übergenommen und Herrn Reide grob beantwortet. Das letzte Wort ist wohl in dieser Sache noch nicht gesprochen. Auch wir werden auf diese Frage, die weit mehr als eine berlinische Lokalfrage ist, wohl noch zurückkommen.

Der oberste Hausvater Berlins, Oberbürgermeister Richter, hat nun neuerdings bestimmt ausgesprochen, was wir kürzlich schon hier als nahe bevorstehend melden konnten. Er wird nach der Reise zu den Wiener Stadtvätern und nach den Ferien auf seinen Posten nicht mehr zurückkehren. Wir können sogar erraten, daß er, wenn er die herrliche Sommerresidenz, die ebenfalls gräflich Wollfische, im Herrenhaus des städtischen Gutes Buch aufweist, mit seiner Familie in eines der entstehenden Reihenhäuser auf städtischem Gebiet, in Dahlem am Grünwaldbrunn, überleben wird. Er wird dort auch dignitate ein auch nicht zu verachtendes otium genießen. Wir anderen aber haben die ausnehmend schwere Dual der Wahl eines neuen Oberhauptes — wenn nicht Durnburg kommt, der zu sonstigen Vorkäufen noch den unerwarteten in die Wogchale werfen könnte, daß er, nach einer funktionsgelagerten Berechnung unseres zuverlässigsten Heraldikers, von grauen Zeiten her — mit unjüngem Kaiser sozusagen verwandt ist . . .

R. St.

Badischer Landtag.

Zweite Kammer.

61. Sitzung.

Karlsruhe, 7. Mai.

Am Regierungstisch: Finanzminister Rheinboldt und Kommissare.

Präsident Köstner eröffnet um 1/10 Uhr die Sitzung.

Eingegangen sind u. a. folgende Petitionen: der Gemeinderäte und Komitees der beteiligten Gemeinden um Erbauung einer Eisenbahn von Königheim über Giffenheim nach Harbheim, des praktischen Arztes und Professors Dr. Kiffel in Karlsruhe betr. die staatliche Unterstützung hygienischer Forschungsarbeiten, des Gemeinderats Weinheim wegen Anerkennung der Freibergerischen Ullrichschen Hospitalkirche als Ortskirche und des Vereins der Weinbändler und Branntweinstemmer von Karlsruhe und Umgebung betr. die Änderung des § 48 Abs. 2 des Branntweinsteuergesetzes von 1900.

Das Haus legt die Beratung des Budgets der Forst- und Domänenverwaltung fort.

Minister Rheinboldt: Die Regierung ist bemüht, den Wünschen und Intentionen dieses Hauses tunlichst zu folgen. Der Berichterstatter hat sich in den besten Worten für die Beibehaltung der Regierung ausgesprochen. Was die Erhaltung des Heidelberger Schlosses anlangt, so bin ich meiner Verantwortung in dieser Frage voll bewusst. Wir haben bisher alle kleinen Mittel angewendet. Den atmosphärischen Einflüssen muß energisch entgegengetreten werden. Darüber, ob die Sanierung der Fassade des Otto Heinrich-Baus dringlich ist, sind die Meinungen geteilt. Der Vorschlag der Abtragung der Ruine und des Wiederaufbaus unter Erlass der schadhafsten Steine durch neue ist von den beiden Häusern verworfen worden. Wir werden nicht wieder darauf zurückkommen. Der Regierung fallen nun zwei Aufgaben zu: 1. durch sorgfältige Untersuchungen und zuverlässige Messungen die Bewegungen und Veränderungen der Mauer festzustellen. Was in dieser Beziehung geschehen ist, hat Ihnen gestern der Berichterstatter dargelegt. Die zweite Aufgabe liegt darin, eine richtige Abwehrmaßregel zu finden. Nach dieser Richtung kann ich auf den Vorschlag der Firma Dyckerhoff & Widmann verweisen, auf der Innenseite des Otto Heinrich-Baus eine Eisenbetondecke anzubringen und die Fassadenmauer durch Stützen und Eisenbeton zu stützen. Ich habe in Aussicht genommen, einen Versuch bei dem unrichtigen Teil der Ruine, dem Substrukturbau, zu machen. Bewährt sich das Projekt, dann kann es wohl beim Otto Heinrich-Bau zur Ausführung kommen. Es ist gut, wenn wir uns über die Maßnahme tunlichst bald schlüssig machen, damit wir im Falle dringender Gefahr sofort zugreifen können und ein geeignetes Mittel nicht erst suchen müssen. Von den Vertretern der neuere Forstwirtschaft wird eine Kürzung der Umtriebszeit und eine intensivere Durchforstung der Wäldungen empfohlen. Als Finanzminister könnte ich diese Lehre an sich begrüßen, denn wir brauchen ja mehr Geld. Allein ich habe noch eine andere Pflicht, nämlich die, das im Walde investierte Kapital mit unerminderter Erwerbskraft den Nachkommen zu erhalten. Es ist also äußerste Vorsicht gegenüber jenen Verlockungen geboten. Jedenfalls wird diese Frage von uns sorgfältig behandelt. Die Nutzung ist inzwischen von 67 auf 7 Hektar pro Hektar gesteigert worden. Sie hält sich in normalen Grenzen. Ein Abgabebefehl von 8 Hektar wird nicht mehr in Frage kommen können. Wir wollen bei der Forstnutzung wirtschaftlich, aber nicht unvorsichtig vorgehen. Ein Bedürfnis zur Schaffung eines Forstreferendats kann der Minister nicht anerkennen. Redner teilt die Freude über den Ausbau der Kirche in Sankt Blasien, eines unserer schönsten und wertvollsten Baudenkmäler. Mit der Frage der Zusammenlegung der Bezirksforstämter und Domänenämter beschäftigt sich die im Druck befindliche Denkschrift. Eine Prüfung der Frage hat die Zweckmäßigkeit einer solchen Maßnahme nicht ergeben. Zur Schaffung von Waldwegen sind pro Jahr 50 000 M. mehr ins Budget eingestellt. Gesezt haben mich die anerkennenden Worte über den Betrieb der Rothausbrauerei. Der ausländische Gerste werden wir nicht völlig entbehren können. In der Abgabe von Laubhölzern haben wir sicher weitgehendes Entgegenkommen gezeigt. Infolge des großen Andrangs zum Forstbesitz mußten wir den numerus clausus einführen. Jetzt wird sogar nur

noch ein Anwärter im Jahre angenommen. Unter diesen Umständen ist es allerdings fraglich, ob die Forstschule noch Existenzberechtigung hat. Die große Höhe des letzten Jahres hat unseren Wäldungen ungeheuren Schaden zugefügt. Er beträgt bei den Staats- und Gemeindegewalden 717 529 Mark, bei den Privatwäldern 1 089 387 M. Die Ablösung der kirchlichen Kompetenzen liegt im Interesse beider Teile. Die Oberförster sollen den Gemeinden mit Rat und Tat beistehen. Auf die Verhältnisse der Waldarbeiter einzugehen, wird sich noch bei Behandlung der Petition Gelegenheit geben. Mit der Erstellung eines Monumentalbrunnens im Bruchfaler Schloßhofe glauben wir der Stadt eine Freude zu bereiten. Das Wasser zu liefern, ist Sache der Stadt. Um eine Beschleunigung der bezüglichen Verhandlungen zu erreichen, verfügte ich die Schließung des Brunnens. (Heiterkeit.)

Abg. Dieterle (Ztr.) stellt zunächst einen Irrtum des Abg. Seuber richtig. Nicht von Zentrumsseite, sondern von den Nationalliberalen sei seinerzeit der Antrag auf Schaffung eines Forstreferendats gestellt worden. Die Abstimmung ergab in dessen die Ablehnung. Auch der größte Teil meiner Fraktion hat dagegen gestimmt. Redner fuhr dann fort: Wir freuen uns über die Schönheit unseres Waldes, dessen Rentabilität bedeutend gesteigert ist. Eine sachliche Kritik kann der Verwaltung nur von Nutzen sein. Die Umtriebszeit von 120 Jahren erscheint mir zu hoch. Erwünscht ist eine bessere Entlohnung der Waldarbeiter. Gegenüber den Beerenfressern und -Sammelrinnen sollte man eine gewisse Milde walten lassen. Um der Güterschlächtere entgegenzuwirken, möge man den Gemeinden ein weitgehendes Vorkaufsrecht einräumen. Wie sind die Erhebungen über die Jagdschäden ausgefallen? Redner erinnert zum Schluß an die Verpflichtungen des Staates gegenüber kirchlichen Bauten.

Ministerialdirektor Träger kann solche Verpflichtungen in dem vom Vorredner bezeichneten Umfang nicht anerkennen. Was zu geschehen hat, gründet sich auf den Baudikt von 1808. Redner geht dann auf die zahlreichen Einzelumstände näher ein, bleibt aber auf der Tribüne fast unverständlich.

Ministerialrat Antoni wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Ziegelmayer am Forsthaus zu Kirchbach und hebt die geringen Baukosten hervor.

Abg. König (natl.) unterbreitet den Wunsch, daß Jagdpässe nur an solche Personen erteilt werden, die gegen Jagdspflicht versichert sind. Einer gänzlichen Abschaffung der Jagdgebühren will er nicht das Wort reden.

Abg. Wümmel (Ztr.) fordert Unterstützung der Gemeinden in dem Bestreben, die Güterschlächtere zu verhindern und spricht seinen Dank aus für das, was für die Kirche in St. Blasien getan wurde. Die Kirche in Todmooos sollte erweitert werden.

Abg. Benedek (Ztr. Sp.) Es ist nur zu begrüßen, wenn die Regierung die Rechte des Domänenrats energisch wahr und gegenüber unberechtigten kirchlichen Ansprüchen nicht nachgibt. Redner erinnert an den einstimmig gefaßten Beschluß der Zweiten Kammer, die Regierung im Interesse der Staatseinnahmen tunlichst einzuschränken und zur Verpachtung zu schreiben. Damit stehe nicht im Einklang die Gründung von drei neuen Regiejagden. (Hört! Hört!) Einstimmigen Beschlusses dieses Hauses sollte die Regierung Rechnung tragen. Aus unseren Jagden könnte viel mehr herausgeschlagen werden. Statt dessen hat man fast überall mit minus gewirtschaftet. Die Jagden sollen durchweg öffentlich verpachtet und die Handpachten ganz abgehehrt werden. Auf dem Gebiete des Naturschutzes kann noch manches geschehen. Insbesondere ist auf die Richtigkeit unserer Singvögel Bedacht zu nehmen. In der Ausrottung der Buchenbestände geht man viel zu weit. Leider ist auch die Anpflanzung der Hecken zurückgegangen.

Abg. Reinhardt (Ztr.) wünscht Erhöhung der Akkordhöhe der Holzhaue und Pachtzuschlag für die Fischer, welche durch die Verunreinigung der Forellenbäche (im speziellen der Elz) durch Fabrikabwässer geschädigt sind.

Abg. Vansbach (kons.) schließt sich dem an, was über die Beseitigung der Waldarbeiter und den Naturschutz gesagt wurde. Er erwartet von den Oberförstern Entgegenkommen bei Wünschen der Gemeinden.

Abg. Köchel (Ztr.) ersucht um Restaurierung der Kirche in Schuttern.

Abg. Reck (natl.) führt lebhaft Klage gegen das Forstamt Graben wegen der Haltung, die der dortige Forstmeister gegenüber den Gemeinden einnimmt.

Abg. Kopf (Ztr.) vertritt den Standpunkt, daß der Staat bei der Säkularisation die Verpflichtung übernommen hat, für die kirchlichen Bauten entsprechend den Bedürfnissen zu sorgen, die sich natürlich gegen damals bedeutend gesteigert haben. Für diese Auffassung entsprechen auch Entscheidungen des Oberlandesgerichts und Reichsgerichts.

Die Debatte wird hier abgebrochen. Nächste Sitzung Mittwoch 9 Uhr. Schluß 1/2 Uhr.

Die Regierung ließ heute dem Landtag eine Denkschrift über die künftige bauliche Entwicklung der badischen Hochschulen zugehen. Die Denkschrift gibt eine nähere Darstellung der notwendigen Bauten.

Bzüglich der Universität Heidelberg wird in der Denkschrift vor allem die Errichtung eines Neubaus der medizinischen Klinik zugewiesen. Die chirurgische Klinik, die gleichfalls der Erweiterung bedarf, soll einen teilweisen Umbau erfahren, teils Räume der bisherigen medizinischen Klinik zugewiesen erhalten. Die neue medizinische Klinik soll in dem bisherigen botanischen Garten erbaut werden. Die Denkschrift setzt voraus, daß sich die Stadt Heidelberg, der diese Kliniken den Besitz eines städtischen Krankenhauses erlangen, an den Kosten des Neubaus der Kliniken und an den künftigen Betriebskosten in ausreichendem Maße beteiligt. Das Ministerium steht hingegen zur Ansicht, daß die Stadt Heidelberg in der Verpachtung, außer die großen Neubaus und Umbauten sind kleinere bauliche Veränderungen, u. a. ein Flügelbau an der Frauenklinik, sowie die Erweiterung des pathologischen Instituts und des Waschhauses geplant.

Für die Universität Freiburg steht die Lösung der Klinikaufgabe in erster Reihe. Die Verlegung der klinischen Krankenhäuser soll als Gemeinschaftsunternehmen des Staates, der Stadt Freiburg und der sogenannten großen klinischen Hospitallieferanten erfolgen. Zu den Kosten der Platzverlegung und des Neubaus samt Einrichtung leisten die Stiftungen einen Beitrag, dessen Höhe auf 1 100 000 M. in Aussicht genommen ist. Der Rest wird hälftig von Staat und Stadt getragen. Die Ausführung des Neubaus der medizinischen Klinik und der nötigen Betriebsbauten soll baldmöglichst begonnen werden, und zwar zunächst aus Mitteln, die von der Stadt zur Verfügung gestellt werden. Der Anteil des Staates an den Kosten des Neubaus und des Grundbesitzes wird voraussichtlich auf die Budgets 1914/15, 1916/17 und 1918/19 verteilt werden. Als Bauplatz ist das Gelände zwischen Güterstraße, Helliggasse, Breisacher Bahn und Güterbahn im Maße von etwa 133 835 Quadratmeter in Aussicht genommen.

Für die Technische Hochschule Karlsruhe ist dringend nötig der Neubau der Ingenieurschule, für den die Mittel zur Erwerbung des Bauplatzes im Budget 1912/13 eingestellt sind. Die Baukosten sollen in nächsten Budget angefordert werden. In Aussicht genommen ist die Erweiterung der Maschinenbau- und der Erweiterung des Elektrotechnischen Instituts sind für spätere Budgetperioden in Aussicht genommen.

Gerichtssaal.

Karlsruhe, 6. Mai. Sitzung der Strafkammer II. Vorsitzender: Landgerichtsrat Baumgartner. Vertreter der Groß- und Staatsanwaltschaft: Gerichtsassessor Bammersberger.

Der Kaufmann Wolf Helmstädt aus Pforzheim war früher bei der Firma W. Kistner in Pforzheim als Buchhalter und Kassier in Stellung. Im Laufe des Jahres entnahm er aus der Geschäftskasse 1167 M. und eignete sich außerdem einen dem Geschäfte gehörenden Brillantring im Werte von 80 M. an. Am 26. Februar ging der Angeklagte flüchtig. Seine Spur führte nach Frankreich, wo er nach etwa 2 Wochen verhaftet werden konnte. Das Geld hatte er in der kurzen Zeit bis auf 25 Franken verjubelt. Das Gericht verurteilte Helmstädt unter Anrechnung von 1 Monat Untersuchungshaft zu 2 Jahren Gefängnis und 3 Jahren Erwerbsloshilfe.

In geheimer Sitzung kam die Anklage gegen die 39 Jahre alte Postkassierin Anna Wöhrer geborene Jost aus Pforzheim und gegen die 37 Jahre alte Dorothea Schuchting aus Dörschbrunn wegen verurteilter Verleumdung zur Verhandlung. Der Fall endete mit der Verurteilung der Wöhrer zu 3 Monaten Gefängnis und der Schuchting zu 5 Monaten Gefängnis, abzüglich 1 Monats Untersuchungshaft.

Raubmörder Trenkler vor den Geschworenen.

Hg. Berlin, 7. Mai 1912.

Die Verhandlung gegen den des dreifachen Raubmordes angeklagten Schlosser Ernst Oswald Trenkler aus Klein-Schönau bei Zittau begann heute vormittag vor dem Schwurgericht des Landgerichts I. Der Eröffnungsbeschluss legt dem Angeklagten zur Last, am 17. September 1911 die Frau des Juweliers Schulze aus der Alten Jakobstraße, dessen Tochter und schließlich den Juwelier August Schulze mit Lieberlegung getötet, sowie durch Einbruchsdiebstahl 150 M. bar und Ringe und Juwelen im Werte von mindestens 10 000 M. sowie ein Sparkassenbuch über 2100 M. sich angeeignet und bei der Tat Waffen mit sich geführt und Gewalt angewendet zu haben. Der Angeklagte ist 1883 geboren und 1897 wegen Diebstahls mit einem Verweis bestraft, 1899 vom Landgericht Bautzen wegen schweren Diebstahls mit 6 Monaten Gefängnis, in demselben Jahre von demselben Gericht wegen Diebstahls mit 6 Monaten Gefängnis, 1901 wegen Rückfalldiebstahls und Betrug mit 6 Monaten Gefängnis bestraft, 1904 vom Landgericht Dresden wegen schweren Diebstahls mit 6 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust.

Vor.: Erzählen Sie, wie Sie zu der Tat gekommen sind.

Angekl. Trenkler: Ich fuhr am 15. September nach Berlin und nahm Schlosserwerkzeug mit. Ich hatte auch ein Eisen mit, einige Schlüssel, einen Sperrhaken, sowie eine Zeichenrolle, auf der ich aus einer Zeitschrift ausgeschnittene Automobilmodelle aufgeklebt hatte. — Vor.: Welchen Zweck hatte denn Ihre Reise? — Angekl.: Ich wollte zunächst nach Götting fahren, um dort zu stehen. Einige Wochen vorher war ich in Götting. Das Schaufenster eines Waffenladens machte auf mich einen so gewaltigen Eindruck, daß ich nur daran dachte, wie ich mich in den Besitz einer Waffe setzen könnte. — Vor.: Zu welchem Zwecke leiteten Sie das Eisen ein? — Angekl.: Ich wollte nur die Fensterrolle in dem Göttinger Waffenladen zerbrechen. Auf der Eisenbahnfahrt überredete mich aber ein junger Mann, bis nach Berlin zu fahren. Der Angeklagte schilbert dann, wie er abends in die Stadt ging, um eine Gelegenheit zum Stehlen zu finden. Ich kam da auch in die Alte Jakobstraße, so fährt er fort, und an dem Laden des Schulze vorbei. Ich kannte den Laden schon aus dem Jahre 1902, wo ich in Berlin an der Technischen Hochschule „Elektra“ studierte. — Vor.: Da waren Sie wohl mit den Verhältnissen im Laden vertraut? — Angekl.: Ich kannte nur Herrn Schulze, der mir damals Schmuckgegenstände offeriert hatte.

Berlin, 7. Mai. In dem Raubmordprozess Trenkler beschloß heute der Gerichtshof auf Antrag des Staatsanwalts vor Eintritt in die Verhandlung, die Sitzung auf morgen zu vertagen und dann den Versuch zu machen, weiter zu verhandeln. Der Gerichtsarzt erklärte, der Angeklagte habe gestern nachmittag und heute früh einen Blutsturz erlitten und sei deswegen nicht vernehmungsfähig.

Gothaer Lebens-Vers.-Bank a. G.
Größte Anstalt ihrer Art in Europa
Versicherung zu niedrigsten Kosten u. günstigsten Beding. Unverfallbarkeit. Unanfechtbarkeit. — Weltpolice.
Karlsruher Büro: Mathystr. 3 — Telephon 2088.

Aufbewahrung
von
Pelz- und Wollwaren
unter Garantie gegen
Motten- und Feuerschaden
Adolf Lindenlaub
Kürschnermeister
Kaiserstrasse 191 — Telephon 846.
Auf Wunsch werden die Sachen abgeholt.

Fest steht:
Kübler's
gestrickte
Knaben-Anzüge
sind
die Besten!
in reicher Auswahl zu haben bei:
Rudolf Wieser, Kaiserstr. 153.

Residenz-Theater
Waldstr. 30.
Aus der I. Deutschen Film-Zeitung.
Hamburg
Beim Fussball-Wettspiel um die Nordd. Verbands-Meisterschaft zwischen „Holstein“, Kiel und „Eintracht“, Braunschweig, siegte „Holstein“ mit 3:2 Toren.

Eulen nach Athen tragen
siehe es, die Vorzüge der Reichardt-Fabrikate noch in großen Worten rühmen zu wollen, läßt doch eine nach Millionen zählende Schaar langjähriger Freunde in stiller, nimmer rastender Arbeit eine treue Werbetätigkeit aus. Nur das muß im ureigensten Interesse der Konsumenten immer wieder betont werden: es gibt auf der Welt kein Fabrikat, welches an Güte und Preiswürdigkeit den Reichardt-Marken gleichkommt.
Reichardt
Kafao verkörpert das Ideal eines Hausgetränks. Reichardt-Schokolade stellt ein Höhe der Vollkommenheit dar, die unerreichbar ist und bleiben wird. Verkauf zu gleichen Preisen an Händler und Private in eigenen Filialen in allen Teilen Deutschlands, in **Karlsruhe i. B., Kaiserstraße 193/195, Fernsprecher 2067.**

Gesunde Kinder
find
frohe und heitere Kinder.
Glückliche Eltern
die keine kranken Kinder besitzen!
Gesunde Nahrung
sorgt für gutes Blut. Die sorgsame Hausfrau wird großen Wert auf erstere legen.
Große Auswahl von reinen Nahrungsmitteln und Kräftigungsmitteln im
Reformhaus Neubert, Kaiserstraße 122.
Filiale: Kaiserstraße 87.

Einen guten Mittagstisch sowie reichhaltige Frühstück- und Abendkarte sehr gute Weine empfiehlt
Leo Knapp, »Badische Weinstube.«

Tanus-Brunnen
vorm. J. Friedrich, Hoflieferant, Grosskarben.
Billigste und angenehmste Erfrischung.
Hauptdepot: **Cillis & Cie.,** Hoff., Adlerstr. 17. Tel. Nr. 1142.

Squamapur
absol. sich. Mittel geg. Kopfschuppen u. Haarausfall. à Fl. Mk. 1.— bei:
Carl Roth, Hofdr., Herrenstr. 26/28, H. Bieler, Kaiserstr. 228, Otto Fischer, Karlsruhe 74, Fritz Reis, Luisenstr. 68, Willh. Baum, Werderstr. 27.

Stadt. Vierordtbad.
Kohlensäurebäder und elegante
Wannenbäder
I., II. und III. Klasse.
Für Damen und Herren geöffnet: werktags von vormittags 7 Uhr bis abends 1/2 9 Uhr sowie Sonntags 7—12 Uhr. Samstags 1 Stunde länger, auch über Mittag geöffnet.

Cercle français.
Réunion chaque mercredi soir à huit heures et demi Moninger, Konkordiasaal. Messieurs et dames sont les bienvenus.
Suche für meine Verwandte, 26 J. alt, hübsche Erscheinung, häuß. erzogen und vermögend, passend. Lebensgefährten. Auf Vermögen u. hohe Stellung wird weniger gegeben als auf soliden, ehrenhaften Charakter. Offerten unter Nr. 5845 ins Tagblattbüro erbeten.

